

Bundesrat Mit Jacqueline Fehr kandidiert eine Pragmatikerin mit Ecken und Kanten

Für Fehr heisst es jetzt oder nie

Sehr berechnend, mitunter etwas kühl, aber stets pragmatisch – so wirkt Jacqueline Fehr. Nun will die Winterthurerin Bundesrätin werden. Wenn sie scheitert, ist ihre politische Karriere wohl vorbei.

Marcello Odermatt

Jacqueline Fehr kann arrogant reagieren: Wenn sie auf gewisse Fragen keine Antworten geben will, ruft sie einfach nicht zurück. Jacqueline Fehr kann charmant sein: Wenn sie gut gelaunt ist, kann sie herzlich lachen.

Gänzlich fassbar ist die Winterthurer SP-Nationalrätin allerdings nicht. Oft wirkt sie berechnend; einige sagen «opportunistisch». Eigentlich wollte sie bereits am 16. August ankündigen, dass sie, die seit Jahren als Nachfolgerin von Moritz Leuenberger gehandelt wird, kandidieren will. Doch dann teilte die 47-Jährige kurioserweise nur mit, sie, als mögliche Bundesrätin ständig im Fokus der Öffentlichkeit, möge sich jetzt nicht dem Medienrummel aussetzen. Was allerdings nur bedingt klappte, da sich die Medien trotzdem auf Details aus ihrer beruflichen und persönlichen Vergangenheit stürzten. Die «Weltwoche» etwa fokussierte auf die Trennung Fehrs von ihrem Mann Maurice Pedernana, was kalkuliert sei, wie das Blatt mutmasste, weil Pedernana, gänzlich antisozialdemokratisch, als Bankrat der Zürcher Kantonalbank (ZKB) Boni kassierte, heute Mitglied des ZKB-Verwaltungsrats ist und als Präsident des ZKB-Bankrats gehandelt wird. Der «Tages-Anzeiger» wiederum thematisierte ein Mandat Fehrs im Patronatskomitee der Tamil Election Switzerland, eine Organisation, der (ohne konkrete Beweise) Kontakte zu den Tamil Tigers nachgesagt werden.

Kompetente Sachpolitikerin

Seit gestern ist nun aber klar: Jacqueline Fehr will Bundesrätin werden. Dies

Affäre Rappaz

Zurück ins Gefängnis

Der Walliser Hanfbauer Bernard Rappaz verbüsst seine Haftstrafe seit dem Donnerstagnachmittag wieder im Gefängnis. Sollte er erneut in einen Hungerstreik treten, haben die Behörden die Möglichkeit, eine Zwangsernährung durchzusetzen. Dies entschied das Bundesgericht. Es wies am Donnerstag eine Beschwerde Rappaz' ab. Demnach hatte der Kanton Wallis Bernard Rappaz zu Recht einen Unterbruch der Haft verweigert. Eine Unterbrechung des Strafvollzuges kann laut den Richtern in Lausanne nur aus wichtigen Gründen erfolgen. Das sei etwa der Fall, wenn notwendige medizinische Hilfe weder im Gefängnis noch in der Gefangenenabteilung eines Spitals erbracht werden könne. Bei Rappaz seien die Voraussetzungen nicht erfüllt.

Nötigenfalls Zwangsernährung

Wenn Rappaz seinen Hungerstreik fortsetze, sei nötigenfalls eine Zwangsernährung anzuordnen, falls eine bleibende Schädigung seiner Gesundheit oder der Tod nicht anders abzuwenden sei. Bei einem Aufenthalt Rappaz' im Insspital könne sich diese Massnahme auf eine entsprechende Regelung im Recht des Kantons Bern stützen.

Die Richter hielten in ihrem Urteil weiter fest, dass der Staat seinen Strafanspruch gegenüber rechtskräftig verurteilten Straftätern durchzusetzen habe. Zudem treffe ihn eine Fürsorgepflicht. Er habe dafür zu sorgen, dass Inhaftierte nicht an Leib und Leben geschädigt würden. (sda)



Kompetente Sachpolitikerin, die mitunter kühl wirkt: Jacqueline Fehr. (key)

überrascht nicht, immerhin hat sie im Interview mit der «Zürcher Landzeitung» vor einem Jahr schon eingeräumt, dass sie die Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Amt «reizen» würden. Dass Jacqueline Fehr durchaus das Zeug zur Bundesrätin hat, bewies die ausgebildete Sekundarlehrerin immer wieder. Die mitunter kühl wirkende Fehr ist kompetent, besonders in der Gesundheits-, Familien- und Sozialpolitik. Im Parlament verfügt die Präsidentin der Stiftung Kinderschutz über ein enges Beziehungsnetz, von der «SonntagsZeitung» wurde sie per Rating zur einflussreichsten Parlamentarierin gekrönt.

Ihr Herz schlägt als SP-Vizepräsidentin klar links, was sie nicht davon ab-

hielt, pragmatische Lösungen zu finden. So konnte sie das Mitte-Lager für eine abgeschwächte Variante der Mutterschaftsversicherung gewinnen. Leicht hatte es Fehr in dieser Funktion allerdings nicht: Setzte sich Fehr in der Kommission noch vehement für den mit allen Partnern gefundenen Kompromiss für die Managed-Care-Vorlage ein, drohte sie einige Wochen später unter Druck der gewerkschaftlichen Patientenorganisationen mit dem Referendum dagegen – eine Konzession an den Gewerkschaftsflügel, der ohnehin schon seit längerem Fehrs «Anbiederung nach rechts» kritisiert. Bereits Ende der 1990er Jahre hat sich Fehr als Präsidentin des Zürcher Gewerkschaftsbundes mit den Gewerkschaften verkracht. Deren Sukkurs für ihre Kandidatur in den Ständerat 1999 konnte Fehr vergessen, genauso wie für die Wahl zur SP-Präsidentin des Kantons im Jahr 2000. Beide Ämter blieben ihr denn auch verwehrt.

Respektiert bei den Bürgerlichen

Für Jacqueline Fehrs politische Karriere heisst es daher nun: jetzt oder nie. Als unideologische Sachpolitikerin hat sich Fehr, seit 20 Jahren politisch aktiv, Respekt bis ins bürgerliche Lager verschafft. Ihre Wahlchancen sind insofern nicht schlecht. Selbst ein SVP-Nationalrat wie der Zürcher Toni Bortoluzzi würde sie wählen und lobte sie im «Tages-Anzeiger» als «teamfähig, konsensbereit und charakterstark». Und CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (Männedorf), die Fehr als «sachlich», «dossiersicher» und «konstruktiv» lobt, sagt gar: «Ihre Chancen, gewählt zu werden, sind gut.»

Jacqueline Fehr dürfte es daher wohl – gemeinsam mit der Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga – auf das Ticket der SP-Fraktion schaffen. Dort soll sie gar die besseren Karten als die noch kühler wirkende Sommaruga haben. Welche Dynamik dann aber beim Wahlakt im Parlament für welche Frau wirkt, ist offen. Mit Jacqueline Fehrs Kandidatur ist die Bundesratswahl – die Nomination durch die Kantonalpartei am kommenden Montag vorbehalten – auf jeden Fall spannender geworden.

Migration Handbücher zum Gebrauch für Direktbetroffene

Migranten besser verstehen

Das Bundesamt für Migration präsentiert Studien zur Kultur verschiedener Migranten, die Schweizern den Alltag erleichtern sollen.

Jugendliche aus dem Kosovo haben in der Schweiz nach wie vor schlechte Berufsperspektiven, und portugiesischen Einwanderern mangelt es an Sprachkenntnissen. Dies zeigen Untersuchungen des Bundes zur Situation verschiedener Migrantengruppen. Unter die Lupe genommen hat das Bundesamt für Migration (BFM) Migrantinnen und Migranten aus Portugal, der Türkei, dem Kosovo sowie aus Somalia und Eritrea. Daraus resultierten vier Studien, die das BFM am Donnerstag veröffentlicht hat.

Sie richten sich insbesondere an jene, die im Alltag mit Personen aus diesen Ländern Kontakt haben, wie BFM-Vize-Direktor Mario Gattiker vor den Medien sagte. «Ob Sie Lehrer sind und ein somalisches Kind in der Klasse haben, oder ob Sie Arzt sind und einen kosovarischen Patienten behandeln: Mit dem entsprechenden Handbuch erhalten Sie gebündelt und stringente Auskunft.»

Keine Rangliste der Integration

Die Studien sollen zeigen, welche Umstände Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern prägen. Integration setzte auch voraus, dass die Nicht-Migrantenbevölkerung gut informiert sei, gab Gattiker zu bedenken. Es gehe nicht darum, einzelne Bevölkerungsgruppen

als nicht-integriert hinzustellen oder eine «Rangliste» zu machen. Die Studien beinhalten Hintergrundwissen, aber auch Empfehlungen und Perspektiven. Bei den Zugewanderten aus dem Kosovo erwarten die Experten zum Beispiel, dass der Integrationsprozess sich mittelfristig jenem angleicht, den die Schweiz von der italienischen und spanischen Einwanderung her kennt.

Kosovarische Eltern unterstützen

Noch ist es aber nicht so weit: Junge Kosovaren seien bei der Ausbildung und beim Berufseinstieg nach wie vor benachteiligt, heisst es in der Studie. Der Anteil an Personen mit einer höheren Ausbildung sei weiterhin sehr gering. Die Experten empfehlen, Eltern kosovari-

scher Herkunft bei der Förderung der Kinder zu unterstützen – und zwar nicht erst dann, wenn sich Probleme abzeichnen. Die kosovarische Bevölkerung in der Schweiz ist jung: Der Anteil der unter 18-Jährigen liegt bei über 30 Prozent; ein grosser Teil ist in der Schweiz geboren.

Bei den Migrantinnen und Migranten aus Portugal fällt auf, dass viele in ihr Land zurückkehren oder dies zumindest planen. Einbürgerungen sind selten: Obwohl die Portugiesen die drittgrösste Ausländergruppe bilden, liegt ihr Anteil bei den Einbürgerungen bei nur 4 Prozent. Laut den Autoren der Studie gilt es, die Portugiesinnen und Portugiesen vom Nutzen des Erwerbs einer Landessprache zu überzeugen und ein passendes Angebot zu schaffen. (sda)



Herkunftsumstände prägen die Menschen – Blick in ein Roma-Camp in der ethnisch geteilten kosovarischen Stadt Mitrovica. (epa)

Strompreise

Strom wird 2011 4 Prozent teurer

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen hat für 2011 eine durchschnittliche Strompreiserhöhung von 4 Prozent errechnet.

Ein typischer Haushalt muss im kommenden Jahr rund 40 Franken mehr für Strom bezahlen. Die Strompreiserhöhung von durchschnittlich 4 Prozent hat der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) errechnet. Je nach Lieferant wird der Anstieg aber deutlich höher ausfallen. Während einzelne Elektrizitätsversorger Nachlässe von 5 Prozent gewähren, steigen bei anderen die Preise um 10 Prozent, wie der VSE am Donnerstag mitteilte. In Einzelfällen könnte es gar noch mehr sein.

Wie der VSE aufgrund einer Umfrage bei 23 Schweizer Stromversorgern berechnete, dürfte der Strompreis für einen durchschnittlichen Haushalt im Schnitt um 0,8 Rappen auf 22,3 Rappen ansteigen. Für einen typischen Dienstleistungs-, Gewerbe- oder Industriebetrieb mit einem Jahresverbrauch von 500 000 kWh soll der Preis um 0,6 Rappen auf 16,4 Rappen zunehmen. Welche Preisanpassungen die Stromversorgungsunternehmen genau wollen, müssen sie bis Ende Monat der Stromregulierungsbehörde ElCom bekanntgeben.

Höhere Energiepreise

Der VSE begründet die Preiserhöhungen einerseits mit gestiegenen Energiepreisen. «Dem europäischen Trend der steigenden Preise können wir uns nicht entziehen», sagte VSE-Präsident und BKW-CEO Kurt Rohrbach vor den Medien in Bern. Andererseits werden die Netznutzungsgebühren für die Konsumenten erhöht. Grund dafür ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli. Die Richter hatten einen Entscheid des Bundesrats umgestossen. (sda)

Post

Post-Finance bleibt das Zugpferd der Post

Die Marke von einer Milliarde Franken Gewinn rückt für die Post in Griffnähe. Mit einem Gewinnanspruch von 35 Prozent hat sie im ersten Halbjahr 2010 schon fast die Hälfte davon erwirtschaftet: Das Ergebnis beläuft sich auf 484 Millionen Franken. Das sind 126 Millionen Franken mehr als im ersten Semester des Vorjahres.

Damals wie heute erwies sich die Post-Finance als zugkräftigstes Pferd der Post. Für das gute Ergebnis sind ein besserer Zinserfolg und höhere Kundenvermögen verantwortlich. Letztere stiegen um 10,5 Milliarden auf 81,6 Milliarden Franken. Insgesamt hat Post-Finance 53 000 neue Kunden gewinnen können.

Nicht vom Fleck kam das vom umstrittenen früheren Post-Präsidenten Claude Bégly propagierte Ausland-Geschäft. Das Ergebnis von Swiss Post International lag mit 27 Millionen Franken gar unter jenem im Vorjahr. (sda)

Finanzmarktregulierung

Expertenbericht einen Monat später

Die Expertenvorschläge, wie die Schweiz mit systemrelevanten Grossbanken umgehen soll, verzögern sich um einen Monat. Der Bundesrat hat den Experten zugestanden, den Bericht zum «Too big to fail»-Problem erst Ende September vorzulegen. Die Experten unter der Leitung des früheren eidgenössischen Finanzverwalters Peter Siegenthaler haben sich noch nicht auf die genauen Eigenmittelvorschriften festgelegt, die sie den systemrelevanten Banken auferlegen wollen. Zuvor müsse man die internationalen Mindestvorschriften kennen, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht beschliesse. (sda)